

Ein Grundeinkommen für alle?

Autor(en): **Mäder, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1991)**

Heft 16

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Grundeinkommen für alle?

Unser System der sozialen Sicherheit ist recht gut ausgebaut. Es orientiert sich aber an der Erwerbsarbeit und einem Familienbild, dem immer weniger Haushalte entsprechen. Dadurch entstehen Lücken. Wie lassen sie sich schliessen? Im Kanton Basel-Stadt wird fast jeder zweite Haushalt von einer einzelnen Person bewohnt. In nur noch jedem fünften Haushalt leben Mutter, Vater und Kind(er) zusammen. Der Anteil der Allein-erziehenden hat in den letzten zehn Jahren von 13,7% auf 21,3% aller Familien mit Kindern und Jugendlichen zugenommen. 12% der Einelfamilien sind auf die Fürsorge angewiesen. Sie gehören, wie Alleinlebende, zu den Bevölkerungsgruppen, die laut der Basler Armutsstudie¹ besonders gefährdet sind. Hinzu kommen (Langzeit-)Arbeitslose, Teilzeitbeschäftigte mit unzureichender Sozialversicherung sowie jene, die viel arbeiten und wenig verdienen. Für sie alle soll das soziale Netz enger geknüpft werden. Aber wie?

Vorschläge

Alte und behinderte Menschen, denen die AHV- oder IV-Rente nicht ausreicht, haben ein Recht auf Ergänzungsleistungen.² Diesen Anspruch möchten Vor-

schläge im Sinne eines Existenzsichernden Grundeinkommens (EGE) auf weitere Bevölkerungskreise ausdehnen. So etwa auf Einelfamilien oder sogar auf alle Einkommensschwache. Noch umfassender ist die Anregung eines Grundlohns für alle. Sie plädiert dafür, allen Erwachsenen monatlich beispielsweise 1500 Franken zu bezahlen. Für über 5 Millionen Personen, die in der Schweiz älter als 20 sind, kostete das jährlich rund 90 Milliarden Franken. Die heutigen Aufwendungen für die Sozialversicherungen machen etwa zwei Drittel davon aus.³ Auf 46 Milliarden Franken käme nach Angaben von Ökonom Markus Schneider eine negative Einkommenssteuer zu stehen.⁴ Das Prinzip ist einfach: Wer kein Einkommen hat, erhält über die Steuerverwaltung ein garantiertes Existenzminimum. Wer über wenig Einkommen verfügt, bekommt einen «Zustupf». Wer mehr als etwa 4000 Franken im Monat verdient, bezahlt Steuern. Dies zu progressiv steigenden Sätzen. Ein Teil der Einnahmen würde dann direkt umverteilt. Heute sind in der Schweiz zwei Millionen Erwachsene nicht erwerbstätig. Sie hätten Anspruch auf ein garantiertes Existenzminimum von etwa 1500 Franken. Nach Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftler Martino Rossi kämen die gesamten Ausgaben auf maximal 30% des Militärbudgets.⁵

Die Grünen haben im Nationalrat eine Petition für ein EGE eingereicht. Der neoliberale Ökonom und No-

belpreisträger Milton Friedman regte eine Negativsteuer bereits zu Beginn der sechziger Jahre an.⁶ Nur so, von sozialen Einrichtungen entkoppelt, könne der Arbeitsmarkt frei funktionieren. Im Folgenden werden nun nicht verschiedene Vorschläge eines EGE konkretisiert, sondern Fragen zur Grundidee diskutiert.

Nur noch faulenzten?

Nehmen wir einmal an, wir hätten ein EGE. Wer würde dann überhaupt noch arbeiten?

Menschen sind soziale Wesen. Sie wollen etwas leisten. Das belegen Erfahrungen mit einer Negativsteuer in New Jersey (USA).⁷ Materielle Anreize sind bloss ein Grund für unsere Erwerbstätigkeit. Viele RentnerInnen möchten gerne einen Beruf ausüben. Arbeitslose und psychisch Erkrankte strengen sich oft enorm an, um eine neue Stelle zu finden. Anspornend wirkt die Möglichkeit, Verantwortung übernehmen zu dürfen. Sie stimuliert auch kulturell-schöpferische Kräfte. Und diese könnten – musseorientiert – dazu beitragen, die Überproduktion zu reduzieren, welche unsere Umwelt belastet.⁸

Mangels Alternativen entsorgen ferner etliche Menschen für wenig Geld den Dreck der anderen. Ein EGE würde zwangsläufig zu einer besseren Bezahlung und Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit führen. Aber dann könnten doch die Unter-

Wer würde dann überhaupt noch arbeiten?

nehmen Leistungsschwache entlassen und so eine Zweidrittelsgesellschaft stabilisieren?

Keine Ausgrenzung

Heute sind bereits viele Menschen vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Im Rahmen der Öffnung zur Europäischen Gemeinschaft verschärfen die weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Rationalisierung der Produktion die Situation. Trotzdem orientiert sich das System der Sozialversicherungen an der Lohnarbeit und Vollbeschäftigung. Auch wenn

Die Konkurrenz fördert in unserer Gesellschaft den Egoismus. Von Kindesalter an sind wir gewohnt, von Schwächen anderer zu profitieren. Unsere Profilierungssucht teilt Menschen in SiegerInnen und VerliererInnen. Sie schürt Unstimmigkeit. Wo Ressourcen knapp sind, erhöht sich das Gerangel. Ein EGE könnte für Entlastung sorgen. Es verteilt Risiken auf alle. Freiwillige Solidarität erneuert jene aus Not und Angst. Konkret ersetzt das EGE den finanziellen Rückgriff auf Angehörige. Dieser heizt familiäre Spannungen an, erschwert therapeutische Prozesse und überfordert viele Menschen, die selbst mit dem Rücken zur Wand stehen.

Das EGE vermindert die Ausrichtung auf eine Familie, die je länger desto seltener anzutreffen ist und hohe (Scheidungs-)Risiken beinhaltet. Es erweitert den persönlichen Verhaltensspielraum. Die Pluralisierung der Lebensstile ebnet den Weg zu neuen Gemeinschaftsformen. Anstelle der unmittelbaren Abhängigkeit von anderen Menschen tritt eine abstraktere von der Gesellschaft. Das hat Vor- und Nachteile. Gesetzlich verankerte Rechte lassen

es darum geht, die Erwerbsarbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen, ist eine strukturelle Lösung für jene erforderlich, die nicht integriert sind. Aber werden so nicht immer mehr Menschen invalidisiert?

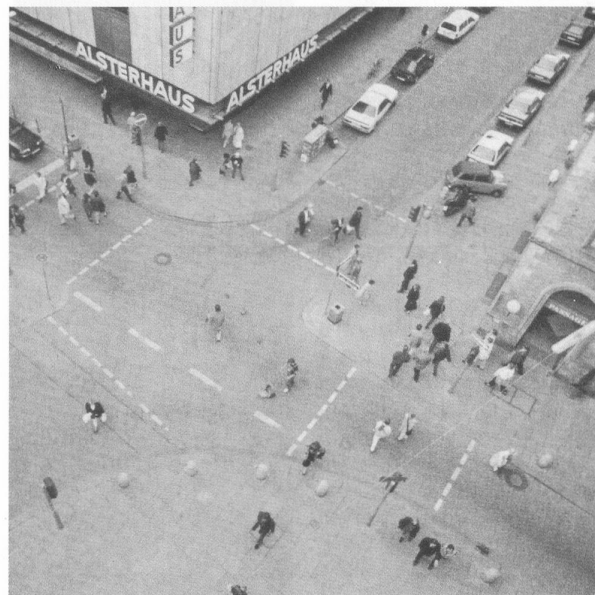
Ein EGE gewährt Überbrückungshilfen. Materiell gesichert können Menschen vorübergehend ausschalten, ohne – wie bei einer Vollrente – gänzlich vom Erwerbsleben ausgegrenzt zu sein. Als Recht für alle vermindert ein EGE auch die Abstempelung jener, die von ihm profitieren.

Menschen sind soziale Wesen.

sich per Stimmzettel aufheben, persönliche Bande nicht. Diese werden mit einem EGE aber nicht aufgegeben. Vielleicht erlangen sie sogar – dank mehr Freiwilligkeit – eine neue Qualität. Mit der Vielfalt der Lebensstile differenzieren

sich jedenfalls die Probleme. Diese strapazieren die Flexibilität der sozialen Sicherung. So laufen immer mehr Menschen Gefahr, durchs vorhandene Netz zu fallen oder sich darin zu verstricken. Ein EGE bringt eine Vereinfachung. Es wird

Es beseitigt weder die Lohnungleichheit noch das private Eigentum an den Produktionsmitteln. Ein EGE verbessert aber die Lebenslage benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Es stärkt ihnen den Rücken. Sie können sich so gezielter und



allen heiklen «Fällen» gerecht und entlastet die heutigen Sozialversicherungen davon, weitere Gerichtsverfahren gegeneinander anzustrengen.

Soziale Gegensätze abbauen

Ein EGE behebe die sozialen Unterschiede kaum und verschleierte Klassen-gegensätze. Statt Frauenlöhne bezahle es Renten. So lauten zwei Einwände von sozialistischer und feministischer Seite. Dazu: Ein EGE allein verändert wenig an der Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern.

angstfreier für ihre Anliegen einsetzen. Sie sind weniger abhängig. Das EGE baut auf die Kompetenz (motivation) der Menschen, nicht auf Defizite. Probleme verstärken oft Gefühle der Ohnmacht. Sie abzubauen heisst nicht, sie zu vertuschen.

Weithin akzeptiert ist heute eine Ausdehnung der Sozialversicherungen auf Betreuungsaufgaben. Daran lässt sich anknüpfen, etwa im Sinne eines Erziehungslohnes. Ein solcher würde, wie die Saläre in der Wirtschaft, nach Einführung eines EGE weiter bezahlt. Gewiss sollen auch Män-

ner Hausarbeit verrichten, möglichst gleichviel wie Frauen. Bemerkenswert ist zudem die Visionen, den minimalen Lohn auf die Hälfte des maximalen festzulegen. Aber solche Vorschläge lassen sich nicht gegen ein EGE ausspielen. Dieses kann doch nicht alle Probleme lösen.

Weniger Stress

Ein EGE könnte den enormen Stress vieler Armutsbetroffener verringern. Sie müssten nicht mehr von heute auf morgen einen Job finden, nicht mehr von einem Amt zum andern pilgern oder sich von Angehörigen aushalten lassen. Wo materielle Sicherheiten gegeben sind, verlieren jene symbolischen an Bedeutung, die keinen Halt verleihen und über Realitäten hinwegtäuschen, die einen später um so schmerzhafter einholen. Die innere Dynamik von Verarmungsprozessen lässt sich nicht ohne den äusseren Rahmen verstehen. Konjunkturelle Schwankungen verändern die Anzahl und «Typen» von Betroffenen. Die Krisenanfälligkeit eines Berufes liegt nicht einfach am Ausbildungsgrad der Person, die ihn ausübt. Die Nachfrage kennt viele andere Kriterien. Es gibt vorzüglich qualifizierte Geschäftsleute, die tüchtig sind, trotzdem die Stelle und damit viel Selbstvertrauen verlieren. Das EGE schwächt jedoch die einseitige Erwerbsorientierung ab, die sozialen Fertigkeiten verkümmern lässt.

Das EGE entzieht psychosomatischen Krankheiten viel Nährstoff. Es hilft Menschen, auch ohne Sucht aus einem belastenden Arbeitsverhältnis auszuschneiden. Das spart Gesundheitskosten. Menschen mit Freiräumen leiden weniger.

Mit einem EGE können alle Menschen mehr psychosoziale Aufgaben wahrnehmen.⁹ Das stützt ihre emo-

tionale Stabilität und soziale Einbindung. Vor allem lassen sich mit einem EGE soziale Ungleichheiten weniger individualisieren. Damit beruhigt sich das Gerangel unter sozial Benachteiligten.

Mehr Freiraum

Mit dem EGE verändert sich die traditionelle Fürsorge. Aufwendige Abklärungen und demütigende Kontrollen entfallen. Das «liebe Geld» kann weniger als Machtmittel eingesetzt werden. Die Hosensackwärme eines Sozialtätigen entscheidet nicht darüber, ob eine «Klientin» einen Gutschein bekommt. Anpassungszwänge verlieren an Gewicht. Helfende erhalten mehr Freiraum für unkonventionelle Versuche. Aber bitte keine reinen Psychokonzepte. Sozialisation lässt sich nicht in einer luftleeren Kammer erproben. Besondere Chancen bestehen in kulturellen Bereichen.

Mehr Koordination zu fordern, das ist bei Sozialtätigen in diese Mode hat gute Gründe. Wo jeder nur sein/ihr eigenes Gärtchen pflegt, gerät der Blick für das Ganze zu kurz. Wo hingegen

alle alles miteinander machen, passiert ebenfalls wenig. Ein EGE vermindert viel bürokratischen Aufwand. Freiwerdende Kapazitäten dürfen aber nicht dazu missbraucht werden, die Koordination der Koordinatoren und Koordinatorinnen mehr zu koordinieren. Sonst tradiert sich die alte Sitzungs(un)kultur.

Offene Fragen

Mehr Einkommen zu haben nützt wenig, wenn dann einfach die Preise und Lebenskosten steigen. Unter heutigen Bedingungen würde ein EGE wohl zu einer weiteren Erhöhung der Mieten (und der Subvention der Spekulation durch die öffentliche Hand) führen. Ohne Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein EGE von sehr beschränkter Reichweite.

Die Debatte über ein EGE ist zu vertiefen. Sie dynamisiert die langwierige Diskussion über dringliche Erneuerungen unserer hart erkämpften Sozialversicherungen. Auch wenn viele Fragen noch offen sind, lassen sich konkrete Schritte und Vereinfachungen bereits einleiten. Im Kanton Basel-Stadt wären beispielsweise eine Vereinheitlichung der Existenzminima sowie eine Ausgestaltung aller sozialen Leistungen als Rechte denkbar. Wichtig ist auch eine umfassende Information über vorhandene Ansprüche sowie eine gründliche Ausbildung jener, die im Sozialwesen tätig sind.

Anmerkungen

- 1 Ueli Mäder, Franziska Biedermann, Barbara Fischer, Hector Schmassmann, Armut im Kanton Basel-Stadt, Soziologisches Seminar, Social Strategies Bd. 23, Basel, August 1991, 672 S., Fr. 60.–.
- 2 Anspruch haben AHV- und IV-RentnerInnen, die (nach Abzug eines Anteils der Wohn- und Gesundheitskosten) monatlich weniger als 1141 Franken (Alleinstehende) bzw. 1712 Franken (Verheiratete) zur Verfügung haben.
- 3 In Mrd. Fr.: Pens.kass. 25, AHV 18, Krankenvers. 10, IV 4, EL 1, Arb.los.vers. 1, Übrige 1.
- 4 Bei einer Negativsteuer von mtl. 1500 Franken (Weltwoche, 13.9.90).
- 5 Caritas, Existenzsicherndes Grundeinkommen? Luzern 1991.
- 6 Im 1962 (auf Deutsch 1964) erschienenen Buch «Kapitalismus und Freiheit».
- 7 Ann Mäder, Ursula Neff, Vom Bittgang zum Recht, Haupt, Bern 1988.
- 8 Eine «Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral» erzählt Heinrich Böll (Aufsätze, Kritiken, Reden, Kiepenheuer 1967). Stark verkürzt: Ein Tourist fragt einen Fischer, der am Strand sitzt, weshalb er nicht nochmals aufs Meer hinaus fahre. Er könnte so mehr Fische fangen und Geld verdienen. Aber wozu? Um ein grösseres Boot zu kaufen, Leute anzustellen und noch mehr Fische zu fangen und Geld zu verdienen. Aber wozu? «Dann kannst du dir auch Ferien leisten und so gemütlich am Strand liegen», sagte der Tourist.
- 9 «Aber das tue ich ja», antwortete der Fischer.
- 9 Zum Modewort psychosozial: «psycho» steht im Herkunftswörterbuch zwischen «pseudo, Pudding und Puder», «sozial» zwischen «Souterrain, souverän und Spaghetti» (ital. spago = dünne Stäbchen).